Neue Zürcher Zeitung

GASTKOMMENTAR

Adina Rom und Shelley Berlowitz

Als jüdische SP-Mitglieder irritieren uns die steten Antisemitismusvorwürfe gegen die Kritiker Israels

Israels Friedensbewegung bittet schon lange um internationalen Druck gegen die Besetzung des Westjordanlandes und den Genozid in Gaza. Wir sind dankbar, dass die SP diesen Ruf hört.

23.11.2025, 05.30 Uhr 3 min

Eine Demonstrantin in Tel Aviv am 16. August 2025

Ronen Zvulun / Reuters

Fast 40 Prozent der jüdischen Menschen in den USA halten Israels

Vorgehen in Gaza für einen Genozid, wie eine repräsentative Umfrage der «Washington Post» zeigt. Renommierte Genozid- und Holocaustforscher – unter ihnen auch israelische und jüdische Wissenschafter – sowie Israels führende Menschenrechtsorganisation sprechen ebenfalls von Völkermord. Der Internationale Gerichtshof ordnete überdies bereits im Januar 2024 verbindliche Massnahmen an – zur Prävention von Völkermordhandlungen und zur Sicherstellung humanitärer Hilfe in Gaza.

Viele Juden in der Schweiz forderten in einem Brief den Bundesrat auf, sich zur Plausibilität eines Völkermords in Gaza zu äussern und die Verantwortung als Depositarstaat der Genfer Konventionen wahrzunehmen. Und viele von ihnen nahmen im vergangenen Juni an einer Kundgebung in Bern teil, an der alt Bundesrätin Ruth Dreifuss (SP) in ihrer Ansprache sagte: «Ich bin in einer jüdischen Familie geboren. Meine frühe Kindheit habe ich in den dunklen Jahren des Krieges und der Shoah verbracht. Ich teilte die Hoffnung, dass die Gründung des Staates Israel den Überlebenden einen sicheren Hafen bieten würde. Heute klage ich die israelische Regierung an, nicht nur gegen den Terrorismus der Hamas Krieg zu führen, sondern gegen das palästinensische Volk.» Wer im Schatten der Shoah aufgewachsen ist, weiss, dass das internationale Völkerrecht sowie die Genozidkonvention Antworten auf den Holocaust waren, die jetzt zu verteidigen sind.

Als jüdische SP-Mitglieder beunruhigt es uns, dass Kritik an Israels Politik zunehmend als antisemitisch motiviert bezeichnet und der Antisemitismusvorwurf ganz generell immer leichtfertiger erhoben wird. Kritik an der israelischen Politik ist nicht per se antisemitisch – auch nicht, wenn sie radikal ist und leidenschaftlich geäussert wird. Wer Unrecht nicht beim Namen nennt, tut Juden in der Schweiz keinen Gefallen. Die israelische Regierung behauptet, im Namen aller Juden zu

handeln. Wir – und viele andere Jüdinnen und Juden – weisen das entschieden zurück.

Die Vertreibung der palästinensischen Bevölkerung in Gaza, die gezielte Zerstörung von Gesundheits- und Bildungseinrichtungen sowie landwirtschaftlichen Flächen, die Blockade von Hilfsgütern, die willkürlichen Verhaftungen und Folterungen, die Gewalt und die ethnische Säuberung im Westjordanland dienen einer rassistischen ethno-nationalistischen Agenda. Diese teilt Israels Regierung mit rechtsnationalen Parteien auf der ganzen Welt – aber nicht mit jüdischen Menschen weltweit. Denn diese Agenda ist es, die Minderheiten in Gefahr bringt, nicht die linke Empörung darüber.

Antisemitische Einstellungen existieren in allen politischen Lagern, sind jedoch laut Studien im rechten Spektrum deutlich verbreiteter als im linken. Trotzdem konzentriert sich der öffentliche Diskurs derzeit fast ausschliesslich auf vermeintlichen Antisemitismus innerhalb der SP und linker Kreise.

Dabei setzt sich die SP Schweiz seit je für die Rechte der jüdischen Minderheit in der Schweiz ein – etwa in einer von ihr initiierten parteiübergreifenden Stellungnahme gegen Antisemitismus. Auf ihr Engagement gehen das Verbot von Nazisymbolen, der nationale Aktionsplan gegen Rassismus und Antisemitismus sowie erhöhte Beiträge zum Minderheitenschutz zurück. Die SP hat den brutalen Terrorangriff der Hamas vom 7. Oktober sofort verurteilt und tritt konsequent gegen antisemitische Vorfälle auf. Es war auch die Linke, die eine Aufarbeitung der Rolle der Schweiz im Zweiten Weltkrieg und der nachrichtenlosen Vermögen gefordert hatte. Dies kann man von rechten Parteien nicht behaupten. Der «Kampf gegen Antisemitismus»

beschränkt sich dort oft auf die Unterstützung der Unrechtspolitik Israels.

Medien werfen der Sozialdemokratischen Partei häufig vor, sie äussere sich nur zu Gaza und ignoriere das Leid anderer Zivilbevölkerungen. Doch es sind gerade die Medien selbst, die SP-Positionen zu Krisen wie im Sudan kaum aufgreifen – und so genau das reproduzieren, was sie kritisieren. Die SP stellt sich klar gegen den Krieg in der Ukraine, gegen den Genozid an Jesiden und gegen die Verfolgung der Uiguren und der Rohingya. Wenn ein Staat unmenschliche Verbrechen begeht und dabei enge Beziehungen zur Schweiz und zum Westen pflegt, erwarten wir eine klare Stellungnahme. Die israelische Friedensbewegung bittet seit Jahren eindringlich um internationalen Druck gegen die Besetzung, gegen die Siedlungspolitik und den Genozid in Gaza. Wir sind dankbar, dass die SP diesen Ruf hört und sich solidarisch zeigt.

Adina Rom, 40, ist Ökonomin an der ETH Zürich und SP-Kandidatin für den Zürcher Gemeinderat im Kreis 4+5.
Shelley Berlowitz, 69, ist Mitglied der SP und der Organisation «Jüdische Stimme für Demokratie und Gerechtigkeit in Israel/Palästina».

Ein Artikel aus der «NZZ am Sonntag»